

# Aus dem Hessischen Landtag

27.01.2017

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

## Aktuelle Stunde

Die GRÜNEN haben eine Aktuelle Stunde beantragt, um ein klares Zeichen für die Pressefreiheit, für die ungehinderte Berichterstattung und gegen die Bedrohung von Journalistinnen und Journalisten zu setzen.

Alle demokratischen Kräfte müssen für die Pressefreiheit eintreten. Eine freie und offene Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie brauchen freie Medien und eine freie, fundierte Berichterstattung, die sich an den Standesregeln des Journalismus orientieren.

Gemeinsam müssen wir allen entgegentreten, die die freie Berichterstattung behindern, die Journalistinnen und Journalisten aussperren, beschimpfen und bedrohen und die alle Medien pauschal als „Lügenpresse“ verunglimpfen. Gegen Berichterstattung, die journalistischen Ansprüchen nicht genügt, die Fakten verzerrt darstellt oder Persönlichkeitsrechte verletzt, dann darf und soll man sich wehren – dafür gibt es den Presserat und ordentliche Gerichte.



## Sicherheit muss Freiheit und Demokratie schützen

Sicherheit ist eine Voraussetzung von Freiheit. Die Bedrohung durch Terroristen ist ein Angriff auf unsere Freiheit. Wir müssen dieser Bedrohung mit den Mitteln des Rechtsstaats begegnen.



In Hessen haben wir die Mittel für Videoüberwachung an Orten mit besonderem Gefahrenpotenzial aufgestockt. Jetzt können die Kommunen entscheiden, wo Kameras sinnvoll sind. Zudem stärken wir die hessischen Sicherheitsbehörden mit mehr als 1.000 zusätzlichen Stellen im Polizeivollzug, 100 neuen Wachpolizisten und 250 weiteren Stellen für die Justiz. Wir entlasten die Polizei durch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 41 Stunden. 15 Millionen Euro stehen zur Auszahlung der Überstunden bereit. Auch die Ausstattung der Polizei haben wir deutlich verbessert. Hessen ist das erste Land, das Polizeibedienstete zur Gefahrenabwehr mit Bodycams ausgestattet hat.

Hessen setzt mit dem Violence Prevention Network und anderen Maßnahmen gegen Radikalisierung auf Prävention. Für das bundesweit einmalige Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ stehen 2017 allein über 3,8 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung.

[Mehr Informationen finden Sie hier.](#)

## Besoldungsgesetz „Gitterzulage“

Der Landtag erhöht für die Beamt/innen im Justizvollzug und im abgeschlossenen Vorfühbereich der Gerichte die Stellenzulage um 32,80 € auf 131,20 €. Die „Gitterzulage“ drückt die Wertschätzung für die Leistung der hessischen Vollzugsbeamt/innen aus. Die notwendigen Haushaltsmittel wurden bereits im Haushalt 2017 eingestellt, nun erfolgte die notwendige Anpassung des Besoldungsgesetzes.



[Informationen zur Besoldung und Versorgung in Hessen finden Sie auf den Webseiten des Innenministeriums.](#)

## FSC-Zertifizierung

Die GRÜNEN im Landtag bekräftigen das Ziel, den hessischen Wald naturschutzgerecht zu bewirtschaften. Das Siegel des [Forst Stewardship Council \(FSC\)](#) bürgt für eine naturgemäße Waldwirtschaft mit hohen sozialen und wirtschaftlichen Standards. Bereits die Hälfte des hessischen Staatswalds ist FSC-zertifiziert und immer mehr Kommunen stellen ihren eigenen Wald auf FSC um. Das Land unterstützt Privat- und Kommunalwaldbesitzer, die ihren Wald nach FSC zertifizieren lassen wollen, mit bis zu 80-prozentiger forstlicher Förderung.



Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie die Gewerkschaft IG BAU begrüßen die Umstellung auf das Siegel.

Lesen Sie zum Thema FSC auch eine [Pressemitteilung von BUND und Naturschutzbund \(NABU\)](#)

## Frauen im ländlichen Raum

Vor dem Hintergrund des neuen [Internetangebots des HMKLV](#), in dem die vielfältigen Angebote für Frauen im ländlichen Raum gebündelt dargestellt werden, habe ich die Landesregierung gefragt, in welcher Form sie diese Arbeit unterstützt.



**Lesen Sie die ausführliche Antwort von**

**Ministerin Priska Hinz**

**auf meiner Webseite:**

[eva-goldbach.de](http://eva-goldbach.de)

## Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte

Der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte, den Hessen erprobt, gibt jungen Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss eine neue Perspektive. Sie können so zunächst einen Beruf erlernen und sich danach ohne Zeitverlust noch für ein Studium entscheiden. Der Modellversuch sieht vor, dass studieren kann, wer eine mindestens dreijährige Berufsausbildung absolviert und dabei einen Notenschnitt von 2,5 oder besser erreicht hat.

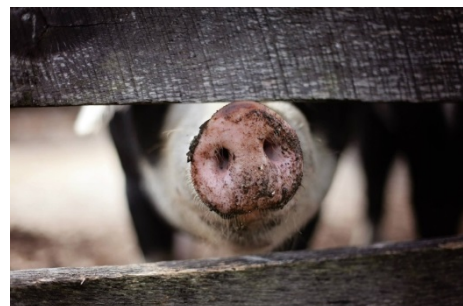


Die Hochschulen müssen gute Übergangsangebote, Brückenkurse etwa und Programme wie das Studium in unterschiedlichen Geschwindigkeiten bereitstellen. Gymnasien sollen in der Berufsorientierung stärker die Möglichkeiten beruflicher Ausbildung betonen.

[Mehr Informationen finden Sie hier.](#)

## Urteil zur Sauenhaltung

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Magdeburg zur Sauenhaltung in Kastenständen stellen sich viele Fragen zur Umsetzung in der Praxis.



Ausführliche Erläuterungen finden Sie auf meiner Webseite:

[eva-goldbach.de](http://eva-goldbach.de)

## Änderungen in der Gemeindehaushaltsverordnung zum 01. Januar 2017

- Wirtschaftlichkeitsvergleich: MUSS statt SOLL
- NEU im Haushaltsplan: Finanzstatusbericht
- Tilgung von Krediten darf nicht mit neuen Krediten finanziert werden
- Verrechnung eines fortgeschriebenen Fehlbetrages mit dem Eigenkapital nicht mehr möglich
- Keine Rückstellungen für Steuerrückzahlungen



- Gebäudeteile können mit unterschiedlichen Nutzungsdauern abgeschrieben werden
- Anwendung der Änderungen im HH-Plan 2018

Ausführliche Informationen finden Sie auf meiner Webseite:

[eva-goldbach.de](http://eva-goldbach.de)

---

## **KURZ NOTIERT:**

### **HOLOCAUST GEDENKTAG**



In Deutschland wurde dieser Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 1996, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt. Jede und jeder kann die Erinnerung daran bewahren und zur Wachsamkeit aufrufen – beispielsweise durch die Teilnahme an der weltweiten Internet-Aktion des Jüdischen Weltkongresses zum diesjährigen Holocaust-

Gedenktag.

"[I remember](#)" #WeRemember.

### **KIRCHENAustrITT**



Die Zuständigkeit für das Verfahren des Austritts aus Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts wird geändert. Ein unberechtigter Kirchensteuerabzug wird durch eine Optimierung der Verfahrensabläufe verhindert.

Im Falle des Austritts aus einer steuererhebenden Kirche oder Religionsgemeinschaft endet die Kirchensteuerpflicht mit Ablauf des Austrittsmonats. Die Beendigung der Kirchensteuerpflicht wird auch in den Elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmalen (EL-StAM) gespeichert. Diese werden dem Arbeitgeber elektronisch zur Verfügung gestellt und sind u.a. Grundlage für den Einbehalt der Kirchensteuer.

Um die Arbeitgeber rechtzeitig über die Beendigung der Kirchensteuerpflicht zu informieren und dadurch einen unrechtmäßigen Kirchensteuerabzug vom Arbeitslohn zu vermeiden, sollen die Gemeinden zukünftig die Kirchnaustrittserklärungen entgegennehmen. Hierdurch entfallen Verzögerungen bei der bisher erforderlichen Übermittlung der Austrittsbescheinigungen von den Amtsgerichten an die Gemeinden.

### **DR. ROMAN POSECK NEUER PRÄSIDENT DES STAATSGERICHTSHOFES**

Wir gratulieren dem neuen Präsidenten des Hessischen [Staatsgerichtshofes](#), Dr. Roman Poseck, zu seiner Wahl durch den Hessischen Landtag. Die Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofs haben eine





zentrale Aufgabe in der Gewaltenteilung unseres Bundeslandes. Als Hüterinnen und Hüter der hessischen Verfassung achten sie darauf, dass alle Regeln unserer Demokratie eingehalten werden.

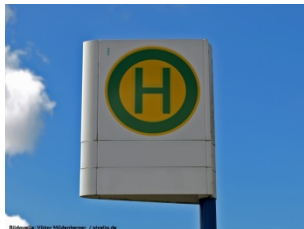
## UNTERHALTSVORSCHUSS



Bund, Länder und Kommunen haben die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses für Alleinerziehende, die keine Unterstützung vom Partner bekommen, beschlossen. Der Bund kommt zu 40 % für den Unterhaltsvorschluss auf, die Länder zu 60 %. Bisher war das Verhältnis ein Drittel zu zwei Drittel. Die Reform kostet jährlich 350 Millionen Euro

Die Kommunen wurden bei den Verhandlungen durch die Länder vertreten. Der Deutsche Städtetag begrüßte, dass der Beginn der Neuregelung auf den 1. Juli verschoben wird. Die Kommunen erhielten so einen Vorlauf, um die Auszahlung der Leistungen organisatorisch und personell vorzubereiten. Der Städtetag forderte weiterhin eine Überprüfung des Kompromisses von Bund und Ländern nach einem Jahr, da sich derzeit nicht beurteilen lasse, ob die neuen Regelungen für die Kommunen zusätzliche Kosten verursachten.

## ÖPNV IN HESSEN



Zur Suche nach zukunftsfähigen Ansätzen für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum richten der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) ein gemeinsames Fachzentrum „ÖPNV im ländlichen Raum“ ein.

Das im Frankfurter House of Logistics and Mobility (HOLM) angesiedelte Zentrum soll u.a. technologische Entwicklungen wie Digitalisierung und Autonomes Fahren sowie Erfahrungen mit alternativen Mobilitätsformen auswerten und im ländlichen Raum nutzbar machen. Zur Arbeit des Zentrums gehört auch die konkrete Beratung der Kommunen und lokalen Nahverkehrsorganisationen bei der konkreten Umsetzung vor Ort. Das Zentrum soll seinen Betrieb im Juni 2017 aufnehmen, das Land fördert seine Arbeit mit jährlich 200.000 Euro.

### **Lacher der Woche:**

*Janine Wissler geht ans Pult und will zum Setzpunkt der Grünen reden. Bei der Linken sind nur leere Sitze im Plenarsaal zu sehen. Wisslers erster Satz: „Falls jemand von den Linken mich über Lautsprecher hört, kommt doch bitte mal in den Plenarsaal.“*